

# Polnische Ukrainepolitik in Wolhynien 1921-1939

von  
Cornelia Schenke\*

## 1 Einführung

Das westliche Wolhynien wurde 1921 mit dem Vertrag von Riga Teil des neuerstandenen Polen. Ziel der polnischen Nationalitätenpolitik in Wolhynien und den übrigen nordöstlichen Woiwodschaften (Kresy Wschodnie)<sup>1</sup> war die völlige und dauerhafte Integration dieser Gebiete in den polnischen Staat. Dies ließ sich angesichts der äußeren Bedrohungslage nur erreichen, wenn auch die mehrheitlich ethnisch nichtpolnische Bevölkerung die Legitimität der polnischen Staatsmacht anerkannte. Am Beginn des Zweiten Weltkriegs war die Zweite Polnische Republik an diesem Ziel gescheitert. Es war nicht gelungen, unter der ukrainischen Bevölkerung Wolhyniens Loyalität gegenüber dem polnischen Staat zu erzeugen. Auch die Entstehung erbitterter ethnischer Konflikte zwischen der herrschenden polnischen Minderheit und den wolhynischen Ukrainern hatte sich nicht verhindern lassen. Fragt man nach den Gründen für dieses Scheitern, kommen schnell einige offensichtliche Fehlleistungen der polnischen Politik in Wolhynien in den Blick: die ökonomische Diskriminierung der ukrainischen Bevölkerung in der Woiwodschaft, die Kriminalisierung jeglicher eigenständigen Organisation und Repräsentation ukrainischer kultureller, politischer und ökonomischer Interessen und schließlich die Politik der sogenannten „Wiedergewinnung“ (rewindykacja) der letzten Jahre vor Kriegsbeginn, die unter anderem darauf abzielte, eine ethnische Assimilierung der ukrainischen Bevölkerung zu fördern, indem man ihre Konversion zum römischen Katholizismus forcierte.

Dabei stellte sich die Ausgangslage für die polnische Politik gegenüber den Ukrainern in Wolhynien zunächst einigermaßen günstig dar, wenn man sie mit der Situation im benachbarten Ostgalizien<sup>2</sup> vergleicht: In Wolhynien existierte 1921 noch keine Tradition eines ethnisch motivierten polnisch-ukraini-

---

\* Der Artikel fasst Ergebnisse meiner 2004 erschienenen Dissertation zusammen: CORNELIA SCHENKE: Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer in Wolhynien (1921-1939), Hamburg u.a. 2004. Dort finden sich ausführliche Quellen- und Literaturbelege. Im Folgenden wird vor allem auf neu erschienene Literatur und zitierte Dokumente verwiesen.

<sup>1</sup> Polesien, Nowogródek und Wilna.

<sup>2</sup> Die Region Ostgalizien (Galicja Wschodnia) umfasste die im ehemals österreichischen Teilungsgebiet gelegenen Woiwodschaften Lwów, Stanisławów und Tarnopol, in denen die Ukrainer ebenfalls die größte Bevölkerungsgruppe stellten. Im offiziellen Sprachgebrauch wurde der Begriff „Ostgalizien“ bald durch „Ostkleinpolen“ (Małopolska Wschodnia) ersetzt.

schen Antagonismus, und die polnisch-ukrainische Waffenbrüderschaft im Kiewer Feldzug, das 1920 geschlossene, gegen Sowjetrußland gerichtete Bündnis zwischen dem polnischen Staatschef Józef Piłsudski und Symon Petljura, dem Präsidenten der Ukrainischen Volksrepublik, bildete einen vergleichsweise ermutigenden Ausgangspunkt für ein zukünftiges polnisch-ukrainisches Zusammenleben in der nun polnischen Woiwodschaft Wolhynien. In Ostgalizien hingegen hatte das schon vor dem Ersten Weltkrieg angespannte polnisch-ukrainische Verhältnis durch die militärische Niederschlagung der ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen durch Polen eine weitere Belastung erfahren.

Warum nahm die polnische Politik gegenüber den wolhynischen Ukrainern dennoch diskriminierende und repressive Züge an? Dies ist nur vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Schwierigkeit zu erklären, vor die sie sich in Wolhynien gestellt sah: Die Legitimationsbasis für den polnischen Herrschaftsanspruch in Wolhynien war dürftig. Die Zugehörigkeit des Gebiets zum neuerstandenen Polen ließ sich aus Sicht seiner ukrainischen Bewohner weder historisch noch ethnisch überzeugend begründen. Die Erinnerung an die frühneuzeitliche Adelsrepublik (*Rzeczpospolita*) war verblasst, sie stellte für die ukrainische Bevölkerung keine lebendige, positiv konnotierte Tradition dar. Die Angehörigen der polnischen Staatsnation waren eine Minderheit von allenfalls 16 Prozent der Gesamtbevölkerung, bei einer ukrainischen Bevölkerungsmehrheit von etwa 70 Prozent.<sup>3</sup> Der Anschluss Wolhyniens an die Sowjetukraine schien vielen wolhynischen Ukrainern zumindest bis zum Beginn der Zwangskollektivierung in der Sowjetukraine die weit reizvollere Alternative. Die dortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die sowjetische Ukrainisierungspolitik versprachen den wolhynischen Ukrainern Befriedigung ihrer zentralen ökonomischen und sozialen Anliegen. Die Legitimationsquelle des modernen polnischen Staates, der polnische Nationalismus, bot der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit in Wolhynien dagegen keine Identifikationsmöglichkeiten.

Im Folgenden werden die nationalitätenpolitischen Strategien untersucht, mit denen die polnische Politik versuchte, sich in der Minderheitenregion Wolhynien Akzeptanz zu verschaffen und ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Sie lassen sich unter drei Stichworten zusammenfassen: Assimilierung, Modernisierung, Repression.

---

<sup>3</sup> Die zweitgrößte ethnische Minderheitengruppe in Wolhynien nach den Polen stellten mit etwa 10% die Juden. Unter den wolhynischen Stadtbewohnern bildeten sie die größte Bevölkerungsgruppe, aber auch in den Landgemeinden waren Juden mit 4,6% der Einwohner nicht unerheblich vertreten, vgl. JAN KĘSIK: *Województwo Wołyńskie 1921-1939 w świetle liczb i faktów* [Die Woiwodschaft Wolhynien 1921-1939 im Lichte von Zahlen und Fakten], in: *Przegląd Wschodni* 7 (1997), 1, S. 99-137, hier S. 106; *Sprawozdanie Wojewody Józewskiego (1936)* [Bericht des Woiwoden Józewski], in: *Archiwum Akt Nowych (AAN)* [Archiv Neuer Akten], Warschau, *Urząd Wojewódzki Wołyński (UWW)*, 277/I-1, poz. 1, S. 1.

## 2 Assimilierung

Die Suche nach einer angemessenen Rolle für die ukrainische Minderheit im polnischen Staat ist nicht zu trennen von der Frage des staatlichen Selbstverständnisses des nach der Überwindung der Teilung wiedererstandenen Polen. Das Ergebnis der Auseinandersetzung um die nationale Qualität der polnischen Staatlichkeit hatte sich durch Weichenstellungen angebahnt, die in der Gründungsphase des polnischen Staates, ja sogar schon in der Phase des Unabhängigkeitskampfes gegen die Teilungsmächte vorgenommen worden waren. Der polnische Staat wurde als Nationalstaat konzipiert. Der polnische Nationalismus, der den Unabhängigkeitskampf über Generationen getragen und die Wiedererrichtung eines polnischen Staates erkämpft hatte, war Sache der ethnischen Polen gewesen. Nun erwarteten sie von ihrem Staat die bevorzugte – wenn nicht exklusive – Durchsetzung ihrer Interessen. Die nationalen Minderheiten hatten als kollektive Akteure im Kampf um die Überwindung der Teilung und die Wiedererrichtung eines polnischen Staates dagegen keine konstruktive Rolle gespielt. Im unabhängigen Polen wurde von ihnen folglich Anpassung verlangt. Mit diesen Erwartungen mussten auch diejenigen polnischen Politiker rechnen, die eine Adaption des polnischen Nationalismus an die Bedingungen der Eigenstaatlichkeit mit einem substanziellen Anteil nationaler Minderheiten an der Gesamtbevölkerung anmahnten. Die Debatte um die polnische Politik gegenüber der ukrainischen Minderheit kreiste um den Begriff der Assimilierung. Dabei strebten die Nationaldemokraten eine vollständige ethnische Assimilierung (*asymilacja narodowa*) der Ukrainer – in ihrem Sprachgebrauch „Ruthenen“ (*rusini*) oder „örtliche Bevölkerung“ – an.<sup>4</sup> Dagegen hielt das *Sanacja*-Lager, das ab dem Staatsstreich Piłsudskis vom Mai 1926 bis zum Ende der Zweiten Republik die Regierungsmacht autoritär ausübte, zunächst eine sogenannte „staatsbürgerliche Assimilierung“ (*asymilacja państwowa*) der Ukrainer und anderer ethnischer Minderheiten für ausreichend. Danach sollte diesen im Austausch für staatsbürgerliche Loyalität staatsbürgerliche Gleichberechtigung gewährt werden, wobei eine führende Rolle der Polen als staatstragendes Volk und die Vorrangstellung der polnischen Sprache als Staatssprache selbstverständlich vorausgesetzt wurden.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Zu den nationalitätenpolitischen Konzepten der Nationaldemokratie MAGDALENA NOWAK: *Ukraińcy i Narodowcy. Narodowa Demokracja wobec mniejszości ukraińskiej w Polsce 1922-1939* [Ukrainer und polnische Nationalisten. Die Haltung der Nationaldemokratie zur ukrainischen Minderheit in Polen 1922-1939], Gdańsk 2007; GRZEGORZ RADOMSKI: *Narodowa Demokracja wobec problematyki mniejszości narodowych w Drugiej Rzeczypospolitej w latach 1918-1926* [Die Nationaldemokraten und die Problematik der nationalen Minderheiten in der Zweiten Republik in den Jahren 1918-1926], Toruń 2001.

<sup>5</sup> Vgl. die Äußerungen Piłsudskis zur Sprachenfrage auf der Ministerratssitzung vom 18.08.1926. In der Sitzung wurde über ein von Innenminister Kazimierz Młodziejowski entworfenes nationalitätenpolitisches Grundsatzpapier diskutiert, das die staatsbürgerliche Assimilierung als Hauptaufgabe der staatlichen Nationalitätenpolitik

In der Praxis lagen die beiden Assimilierungskonzepte enger beieinander, als dies die erbitterten Kontroversen zwischen ihren Anhängern erahnen lassen. Auch die Verfechter der ethnischen Assimilierung, zumal wenn sie in Regierungsverantwortung standen, waren realistisch genug zu erkennen, dass sich diese nicht erzwingen ließ, sondern nur Ergebnis der Attraktivität der assimilierenden Gruppe sein konnte. Bei den Befürwortern einer staatsbürgerlichen Assimilierung war auf der anderen Seite hinter der demonstrativ bekundeten Toleranz gegenüber den sprachlichen und konfessionellen Besonderheiten der Minderheiten mehr oder weniger offensichtlich die Erwartung erkennbar, auf diesem Weg langfristig beste Voraussetzungen für eine vollständige ethnische Assimilierung der ostslawischen Minderheiten schaffen zu können.<sup>6</sup> In Theorie und Praxis war der Übergang zwischen den Assimilierungskonzepten fließend. In dem Maße, in dem optimistische Einschätzungen, zu einer konstruktiven Lösung des Minderheitenproblems zu gelangen, enttäuscht wurden, unterlagen beide Konzepte einer Radikalisierung, die sich in größerem Angleichungsdruck und mehr Zwang gegenüber den ostslawischen Volksgruppen sowie einer verstärkten Privilegierung der ethnischen Polen niederschlugen. Dies lässt sich auch an der polnischen Politik gegenüber den Ukrainern in Wolhynien illustrieren.

Im stark kriegszerstörten Wolhynien hatte die polnische Staatsmacht zunächst große Schwierigkeiten, sich zu etablieren und ihre Steuerforderungen wie auch das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Personalknappheit, Rechtsunsicherheit, unzureichende Finanzmittel und häufige Wechsel im politisch-administrativen Führungssamt des Woiwoden verhinderten die Durchführung einer konsistenten und langfristig angelegten Nationalitätenpolitik. Trotz zwischenzeitlicher Regierungsbeteiligung der Nationaldemokraten trugen die in den ersten Nachkriegsjahren gefällten Grundsatzentscheidungen mit nationalitätenpolitischer Relevanz – die Gesetzgebung über die Landreformen und das Schulsprachengesetz – noch deutlich liberalere Züge als die Politik der späteren Jahre der Zweiten Republik. Vergleichsweise demokratische Wahlen, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit boten der ukrainischen Nationalbewegung in Wolhynien einigen Spielraum, den sie für eine dynamische Entwicklung nutzte. Die sozialistisch ausgerichteten ukrainischen Parteien, die in Wolhynien dominierten, entwickelten ihre Program-

---

benannt; abgedruckt bei CZESŁAW MADAJCZYK: *Materiały w sprawie polityki narodowościowej władz polskich po przewrocie majowym* [Materialien zur Minderheitenpolitik der polnischen Regierung nach dem Umsturz vom Mai 1926], in: *Dzieje Najnowsze* 5 (1972), S. 137-160, hier S. 143 ff. Vgl. auch die Einleitung von CHRISTHARDT HENSCHEL und STEPHAN STACH in diesem Heft.

<sup>6</sup> Explizit formuliert wurde diese Erwartung bereits auf der Ministerratssitzung vom 18.08.1926 von Innenminister Młodzianowski; ebenda, S. 142. ANDRZEJ CHOJNOWSKI: *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939* [Nationalitätenpolitische Konzepte der polnischen Regierungen in den Jahren 1921-1939], Wrocław u.a. 1979, S. 76, identifiziert diese Erwartung als den eigentlichen Schwachpunkt des von Młodzianowski vorgestellten nationalitätenpolitischen Konzepts.

matik in kritischer Auseinandersetzung mit den Auswirkungen, welche die Etablierung des polnischen Staates auf die ukrainischen Bauern hatte. Im Mittelpunkt ihrer Agitation stand die Kritik an der polnischen Agrar-, Konfessions-, Schul- und Steuerpolitik. Ihre Popularität bezogen sie aus einer engen Verbindung von sozialem Radikalismus und nationalen Forderungen.<sup>7</sup>

Die anfänglichen Hoffnungen, die als national indifferent eingeschätzten wolhynischen Bauern problemlos für den neuen polnischen Staat zu gewinnen, erwiesen sich somit schnell als obsolet. Doch wurden die Ursachen für diese Entwicklung von polnischer Seite selbstkritisch in der mangelnden Leistungsfähigkeit des polnischen Staates in der Aufbauphase und in der Willkür von Polizei und Verwaltung in den Ostgebieten gesehen.<sup>8</sup> Die Aussichten, durch eine Landreform und eine effektive und gerechte Verwaltung die Sympathie der nichtpolnischen Bewohner der Ostgebiete für Polen gewinnen zu können, wurden insgesamt immer noch optimistisch eingeschätzt. Gleichzeitig fehlte es den Vertretern der polnischen Staatsmacht an Willen und Durchsetzungskraft zur wirksamen Unterdrückung ziviler Formen der ukrainischen nationalen und sozialistischen Opposition gegen den polnischen Herrschaftsanspruch.<sup>9</sup>

Letzteres änderte sich mit dem Amtsantritt des Woiwoden Henryk Józewski, dessen Person und politisches Programm die polnische Politik gegenüber den Ukrainern in Wolhynien im Zeitraum von 1928 bis 1938 nachhaltig prägten.<sup>10</sup> Józewski, als Angehöriger der polnischen Minderheit in Kiew geboren

<sup>7</sup> Die Aktivitäten der ukrainischen sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen und der ukrainischen Parlamentsabgeordneten in den wolhynischen Dörfern wurden von den polnischen zivilen und militärischen Sicherheitsbehörden mit Hilfe von Informanten engmaschig überwacht und in monatlichen oder vierteljährlichen Berichten akribisch festgehalten; vgl. Berichte der Woiwodschaftsverwaltung 1924, in: UWW, 277/II-6, sowie die Berichte der Führung des Militärbezirks II 1924-1926, in: Centrale Archiwum Wojskowe, Warszawa (CAW) [Zentrales Militärarchiv, Warschau], 1772/89/56-57.

<sup>8</sup> In den zivilen und militärischen Berichten zur Lage der Nationalitäten im Krisenjahr 1924 schlägt sich diese innerpolnische Selbstkritik jeweils als Kritik an der Arbeit von parallel agierenden staatlichen Behörden nieder. So wurde etwa die Unzufriedenheit der ukrainischen Bevölkerung von der Woiwodschaftsverwaltung auf überhöhte oder falsche Steuerveranlagung durch die Finanzbehörden zurückgeführt, während die Militärbezirksführung die von der Woiwodschaftsverwaltung angeordneten Massenverhaftungen von Sympathisanten der Kommunistischen Partei kritisierte: Diesen sei kein justiziables Vergehen nachzuweisen, die aber sie würden das Gefängnis mit Sicherheit als ideologisch gefestigte und geschulte kommunistische Agitatoren verlassen.

<sup>9</sup> Die Vielfalt und äußerst rege Aktivität der oppositionellen ukrainischen Parteien und Gruppierungen in Wolhynien vor dem Amtsantritt Józewskis ist in den Berichten über die Nationalitäten seitens der Führung des Militärbezirks II in Lublin 1927/28 dokumentiert; CAW, 1772/89/58-64.

<sup>10</sup> Zu den biografischen Hintergründen und zu einer kritischen Darstellung der „Wolhynischen Ideologie“ JAN KĘSIK: *Zaufany komendanta., Biografia polityczna Jana Henryka Józewskiego, 1892-1981* [Der Vertraute des Kommandanten. Die politische Biografie von Jan Henryk Józewski, 1892-1981], Wrocław 1981; wohlwollender TIMOTHY SNY-

und aufgewachsen, war während der Kriegs-, Revolutions- und Bürgerkriegszeit in Saratov und Kiew in leitenden Funktionen für die Polska Organizacja Wojskowa (POW) tätig gewesen, die in der Ukraine vor allem Aufklärung betrieb. Während des Kiewer Feldzugs 1920 wurde er von Piłsudski als polnischer Vertreter in die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik unter Petljura entsandt, wo er die Position des stellvertretenden Innenministers bekleidete. Nach dem Ende des polnisch-sowjetischen Krieges ließ er sich zunächst als Militärsiedler in Wolhynien nieder.<sup>11</sup> 1926 verfasste Józewski im Auftrag der neuen Regierung einen kritischen Bericht über die Lage in der Woiwodschaft Wolhynien.<sup>12</sup> Sein eigenes politisches Konzept in Wolhynien, das er mit Rückendeckung Piłsudskis in seiner Amtszeit als Woiwode unbeirrt implementierte und ein Leben lang verteidigte, stellte eine Konkretisierung der Idee der staatsbürgerlichen Assimilierung vor dem Hintergrund der spezifischen regionalen Bedingungen dar. Das Verhältnis von Ukrainern und Polen in Wolhynien war nach Józewskis Überzeugung nicht wie in Ostgalizien von Konkurrenz und Feindschaft geprägt, sondern zeichnete sich durch eine „tiefe psychische Verbundenheit“ aus, deren historische Manifestationen Józewski in den Traditionen der polnischen Adelsrepublik und im gemeinsamen Kiewer Feldzug von 1920 erblickte.<sup>13</sup> Die Kultivierung dieser Traditionen sollte es in Wolhynien ermöglichen, der Entwicklung einer ukrainischen nationalen Identität eine propolnische Ausrichtung zu verleihen.

Die Ausbildung eines ukrainischen nationalen Bewusstseins unter der ukrainischsprachigen Bevölkerung Wolhyniens sah Józewski dabei als sicher und unausweichlich voraus. Das ukrainische Streben nach einem eigenen Nationalstaat sollte jedoch auf das Ziel einer von Russland unabhängigen und mit Polen verbündeten Ukraine auf dem Territorium der Sowjetukraine gelenkt werden, die nach Józewskis Überzeugung allein mit polnischer Hilfe entstehen konnte. Wolhynien war in der Zwischenzeit die Rolle eines ukrainischen Piemont zugeordnet – das dann aber außerhalb der ukrainischen Staatsgrenzen zu verbleiben hatte. Józewski war überzeugt, dass die unwiderstehliche assimilatorische Kraft der polnischen Kultur im Verbund mit den polnischen zivilisatorischen Leistungen in der Zwischenzeit zu einer unauflösliehen Verbindung Wolhyniens mit der polnischen Republik führen müsse. Eine weitgehende Isolierung vom benachbarten Ostgalizien sollte gleichzeitig

---

DER: *Sketches from a Secret War. A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*, New Haven 2005.

<sup>11</sup> SNYDER, *Sketches* (wie Anm. 10), S. 16.

<sup>12</sup> *Sprawozdanie z podróży służbowej do Województwa Wołyńskiego* [Bericht über eine Dienstreise in die Woiwodschaft Wolhynien], in: *Biblioteka Uniwersyteku Warszawskiego (BUW)* [Universitätsbibliothek Warschau], *Gabinet Rękopisów (GR)* [Handschriftenabteilung], 1549, poz. 1.

<sup>13</sup> *Sprawozdanie Wojewody Józewskiego (1936)* (wie Anm. 3), S. 48. *Protokół konferencji Wojewodów z Kresów Wschodnich, Łuck, dnia 2 i 3 grudnia 1929 r.* [Protokoll der Konferenz der Woiwoden der Ostgebiete, Luck, 2. und 3. Dezember 1929], in: *UWW*, 277/I-1, poz. 4, S. 17 f.

eine Kontaminierung der ukrainischen Bevölkerung Wolhyniens mit der Polen feindlich gesonnenen Variante des ukrainischen Nationalismus verhindern.

Die wolhynische Variante der Idee einer staatsbürgerlichen Assimilierung rief in der polnischen nationalistischen Presse und in den Reihen der polnischen Minderheit in Wolhynien erbitterte Ablehnung hervor. Józewski wurde vorgeworfen, der eigentlich national indifferenten örtlichen Bevölkerung einen ukrainischen Nationalismus geradezu aufzuzwingen. Die propolnische Ausrichtung dieses Nationalismus sei zudem reines Wunschdenken. Die Stellung der polnischen Minderheit, der polnische Besitzstand, werde durch seine Politik geschwächt.<sup>14</sup> Die polnischen Nationaldemokraten, für die schon die bloße Verwendung des Wortes „Ukrainer“ eine Provokation darstellte, reagierten aggressiv auf Józewskis Sympathiebekundungen für ukrainische nationale Ambitionen und die ukrainische Kultur. Betrachtet man die Praxis und die Ergebnisse der wolhynischen Politik näher, so bestand für die Nationaldemokraten insgesamt jedoch kein Grund zur Klage.

Bis in die neuere Historiografie, namentlich bei Timothy Snyder, hält sich zwar hartnäckig die Legende von kulturellen Zugeständnissen und einer insgesamt liberalen Politik Józewskis gegenüber den wolhynischen Ukrainern.<sup>15</sup> Doch Józewskis Beschwörungen einer multiethnischen wolhynischen Idylle verbrämten eine in Wahrheit repressive, diskriminierende und entmündigende Praxis gegenüber der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit. Im Vergleich damit konnten die Politik seiner als nationalistisch gescholtenen Amtsvorgänger wie auch die Verhältnisse in Ostgalizien geradezu als freiheitlich gelten. Die angeblich loyale Haltung der ukrainischen Bevölkerung in Wolhynien gegenüber dem polnischen Staat brachte ihnen nicht mehr, sondern weniger staatsbürgerliche Gleichberechtigung ein.

Um den propolnischen ukrainischen Nationalismus und die assimilierende Kraft der polnischen Kultur zur vollen Entfaltung zu bringen, sah Józewski es als notwendig an, die wolhynischen Ukrainer von anderen konkurrierenden Einflüssen abzuschotten und ihre Eigeninitiative zu unterbinden. Sämtliche Errungenschaften, die die junge ukrainische Nationalbewegung in Wolhynien bis Ende der 1920er Jahre erzielt hatte, wurden unter Józewski zunichte gemacht. Während es der polnischen Minderheit frei stand, ihre Wirtschafts- und Bildungsinteressen eigenständig zu organisieren und zu vertreten, auch wenn Józewski dies missbilligte, wurden eigenständige ukrainische Genossenschaften und Bildungsvereine pauschal kommunistischer oder nationalistischer Tendenzen verdächtigt und unter allerlei durchsichtigen Vorwänden, wie der Nichteinhaltung von Bau- und Hygienevorschriften, geschlossen. Nach Józewskis eigenen Angaben betrug der ukrainische Besitzstand im Bereich des Vereins- und Genossenschaftswesens im Jahr 1937 nur noch ein

---

<sup>14</sup> Vgl. NOWAK (wie Anm. 4), S. 150-155.

<sup>15</sup> Vgl. SNYDER, Sketches (wie Anm. 10), S. 60-70.

Zehntel dessen, was er bei seinem Amtsantritt im Jahr 1928 vorgefunden hatte.<sup>16</sup> An die Stelle oppositioneller ukrainischer Parteien, Vereine und Genossenschaften traten regimetreue, von oben geschaffene Ersatzorganisationen unter den Vorzeichen der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit oder des propolnischen ukrainischen Nationalismus. Die Tatsache, dass diese nur durch öffentliche Zuwendungen am Leben erhalten werden konnten, veranlasste polnische Nationalisten zu der Kritik, dass in Wolhynien polnisches Geld für die künstliche Erzeugung eines ukrainischen Nationalismus verschleudert werde.<sup>17</sup>

Im Kontext der polnischen Politik gegenüber den wolhynischen Ukrainern spielte die jüdische Minderheit keine wesentliche Rolle. Sie organisierte ihr vielgestaltiges kulturelles Leben getrennt von Polen und Ukrainern. In das staatlich gelenkte polnisch-ukrainische Organisationswesen war die jüdische Bevölkerungsgruppe nicht einbezogen. Józewski war kein Antisemit, und die polnische Politik widerstand weitgehend der Versuchung, die in der polnischen wie in der ukrainischen Bevölkerungsgruppe grassierenden antisemitischen Stimmungen zu instrumentalisieren.<sup>18</sup>

In Józewskis Wolhynien gab es im Schuljahr 1936/37 nur noch sechs Volksschulen mit ukrainischer Unterrichtssprache, neben 1247 polnischen und 528 vorgeblich zweisprachigen Schulen.<sup>19</sup> An Letzteren waren die polnischen Lehrer häufig jedoch nicht der ukrainischen Sprache mächtig. In Wolhynien hielt Józewski je eine polnisch- und eine ukrainischsprachige Zeitung<sup>20</sup>, die seine Politik und die der Regierung vorbehaltlos unterstützten, für ausreichend. Józewskis Administration nutzte außerdem fortbestehende Unterschiede der Rechtslage in den ehemaligen Teilungsgebieten für eine rigide Handhabung der Pressezensur, die sich gegen den Vertrieb ukrainischsprachiger Periodika und Publikationen aus Ostgalizien richtete. Denn dort bot eine politisch differenzierte ukrainische Presselandschaft ein Forum für die politische Meinungsbildung der ukrainischen Gesellschaft und ihre kritische Auseinandersetzung mit der polnischen Politik. Dort existierte ein breites

<sup>16</sup> Wołyń 1937 [Wolhynien 1937], in: GR, 1549, poz. 5, S. 48v.

<sup>17</sup> Vgl. STANISŁAW KRASICKI: Polityka Wojewody Józewskiego na Wołyniu w świetle cyfr i faktów [Die Politik des Woiwoden Józewski in Wolhynien im Lichte von Zahlen und Fakten], Stratyń 1939, S. 67 f.; PIOTR STAWECKI: Polityka Wołyńska Henryka Józewskiego w świetle nieznanych źródeł z lat 1935-1936 [Die Wolhynien-Politik Henryk Józewskis im Lichte unbekannter Quellen aus den Jahren 1935-1936], in: Przegląd Wschodni 7 (1997), 1, S. 179-209, hier Dokument 2, S. 206.

<sup>18</sup> Zur jüdischen Minderheit in Wolhynien TIMOTHY SNYDER: Life and Death of Western Volhynian Jewry 1921-1945, in: RAY BRANDON, WENDY LOWER (Hrsg.): The Shoah in Ukraine, History, Testimony, Memorialisation, Bloomington – Indianapolis 2008, S. 77-113, hier S. 79-84; DERS., Sketches (wie Anm. 10), S. 65 ff.

<sup>19</sup> Vgl. STANISŁAW MAUERSBERG: Szkolnictwo powszechnie dla mniejszości narodowe w Polsce, w latach 1918-1939 [Das allgemeine Schulwesen für nationale Minderheiten in Polen 1918-1939], Wrocław 1968, S. 95.

<sup>20</sup> Die Zeitungen hießen *Wołyń* (Wolhynien) und *Ukrains'ka Nywa* (Ukrainische Flur).

Spektrum ukrainischer politischer Parteien, die trotz administrativer Schikanen legal tätig sein konnten. In Wolhynien hingegen wurde jede Form ukrainischer Opposition gegen die wolhynische Politik Józewskis erstickt oder in den Untergrund gedrängt. Die sozial radikale sowjetophile Ausrichtung der ukrainischen nationalen Opposition in Wolhynien und ihre fortschreitende Unterwanderung durch die Kommunistische Partei der Westukraine (Komunistyčna Partija Zachidnoï Ukraïny, KPZU) boten dabei einen willkommenen Anlass für ihre Kriminalisierung. Die Wolhynische Ukrainische Vereinigung (Volyns'ke Ukraïns'ke Objednannja, VUO), die als regierungstreue parteipolitische Vertretung der wolhynischen Ukrainer 1931 ins Leben gerufen wurde, diente Józewski als Kronzeugin für die Existenz eines pro-polnischen ukrainischen Nationalismus. Die Partei, die sich ostentativ jeder öffentlichen Kritik an Józewskis Politik in Wolhynien enthielt, wurde von ehemaligen Anhängern Petljuras geleitet, denen Józewski aus seiner Zeit als Vizeminister der Ukrainischen Volksrepublik verbunden war. Für sie war das Bündnis mit der polnischen Administration die einzige Chance, in Wolhynien eine wahrnehmbare politische Rolle zu spielen. Ein populäres Thema, das die Partei mit Unterstützung des Woiwoden besetzen konnte, war die Ukrainisierung der orthodoxen Kirche. Doch Mitte der 1930er Jahre wurde im politischen Zentrum beschlossen, diesen Prozess zu stoppen und stattdessen eine Polonisierung der orthodoxen Kirche ins Auge zu fassen.<sup>21</sup> Damit wurde auch dieses Betätigungsfeld für den propolnischen ukrainischen Nationalismus problematisch.

Die ukrainische Opposition gegen Józewskis Politik ließ sich kriminalisieren und in den Untergrund abdrängen, aber nicht ausschalten. Eine ebenso große Herausforderung für Józewskis wolhynisches Experiment ging zudem von der polnischen Minderheit aus. Zum einen weigerte sie sich, die ihr in der wolhynischen Ideologie zugeordnete Rolle auszufüllen, zum zweiten ließ sie sich nicht mundtot machen. Statt eine „tiefe psychische Verbundenheit“ mit ihren ukrainischen Nachbarn an den Tag zu legen und die Ukrainer in den Bann der polnischen Kultur zu ziehen, schottete sie sich ab. Statt den polnischen Besitzstand durch ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit zu mehren und nebenbei den ukrainischen Bauern durch den Einsatz fortschrittlicher Bewirtschaftungsmethoden zu imponieren, rief sie unablässig nach mehr staatlicher Unterstützung.

Józewski hatte durchaus erkannt, dass Assimilierung keine Einbahnstraße ist, dass neben der Assimilierungsbereitschaft der zu integrierenden Gruppe die Aufnahmebereitschaft der anderen Gruppe stehen muss. Doch seine anfänglich optimistische Einschätzung der Fähigkeit der Polen, trotz ihrer Min-

---

<sup>21</sup> Wykaz uchwał powziętych przez Komitet do Spraw Narodowościowych na posiedzeniu w dniu 20 grudnia 1935 r. [Nachweis der vom Komitee für Nationalitätenfragen auf der Sitzung vom 20. Dezember 1935 verabschiedeten Beschlüsse] (Abschrift), S. 73-76, in: AAN, Prezydium Rady Ministrów (PRM) [Präsidium des Ministerrats], cz. VI, Akta grupowe, 148-3.

derheitenposition mit den Ukrainern in Kontakt zu treten, wich mehr und mehr der Ernüchterung, als sich die polnische Minderheit seiner Politik verweigerte und die nationalistische Presse in der Hauptstadt gegen ihn zu agitieren begann. Dabei erblickte er die Ursache für das Scheitern seiner Politik aber nicht in der Fehlerhaftigkeit seiner eigenen ideologischen Prämissen, sondern lastete seinen Misserfolg einer Deformation der polnischen Psyche an, die unter dem verderblichen Einfluss der Teilungsmächte eingetreten sei.<sup>22</sup>

Das Versagen der staatsbürgerlichen Assimilierung im Praxistest und die Zunahme nationalistischer Einstellungen in Militär, Verwaltung und polnischer Bevölkerung insgesamt führten gegen Ende der 1930er Jahre dazu, dass nach dem Tod Piłsudskis auch das Regierungslager einer nationalistischen Radikalisierung unterlag. Die unter Federführung des Militärs entwickelten und teilweise durchgeführten Programme zur „Stärkung des Polentums“ fanden die Zustimmung der polnischen Nationaldemokraten.<sup>23</sup> Die Militarisierung der Politik auf gesamtstaatlicher Ebene fand in Wolhynien ihre Entsprechung in einer immer offeneren Einmischung des Kommandos des Militärbezirks Lublin in die wolhynische Regionalpolitik. Das Militärbezirkskommando unter Leitung des Brigadegenerals Mieczysław Smorawiński schlug sich auf die Seite der nationalistischen Kritiker Józewskis und bekämpfte dessen Politik als Sicherheitsrisiko und Gefährdung der Verteidigungsbereitschaft im Grenzgebiet. Im Frühjahr 1938 wurde Józewski vom Amt des Woiwoden abberufen, und eine aus Militär, Zivilverwaltung und polnischer Minderheit gebildete Einheitsfront setzte zur assimilatorischen Offensive auf die ukrainische Bevölkerung in Wolhynien an. In den letzten beiden Jahren der Zweiten Polnischen Republik betrieb die polnische Politik in Wolhynien die massive Privilegierung der ethnischen Polen. Sie versuchte die Assimilierung der ukrainischen Bevölkerung insbesondere mittels ihrer konfessionellen „Wiedergewinnung“ zu forcieren. Neben wirtschaftlichen Anreizen für Konvertiten, die bereit waren, sich auf ihre katholischen und polnischen Wurzeln zu besinnen, gehörten die Androhung der Zwangsumsiedlung und strafrechtliche Verfolgung von Gegnern zum Repertoire dieser Polonisierungspolitik.<sup>24</sup> Der Druck auf die Orthodoxie und die immer konsequenter praktizierte ökonomische Diskriminierung der ukrainischen Bevölkerung trieben auch kompromiss- und verständigungs-bereite Gruppen in offene Ablehnung gegenüber

<sup>22</sup> Sprawozdanie Wojewody Józewskiego (1936), (wie Anm. 3), S. 58 f.

<sup>23</sup> Vgl. NOWAK (wie Anm. 4), S. 230-233.

<sup>24</sup> Interpelacja Dra Stefana Barana do Pana Ministra Spraw Wewnętrznych oraz Pana Ministra Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego w sprawie przejścia około 400 prawosławnych ukraińskiej narodowości na rzymsko-katolicyzm w gromadzie Hrynki [Parlamentarische Anfrage von Dr. Stefan Baran an den Innenminister und den Konfessions- und Bildungsminister bezüglich des Übertritts von ungefähr 400 Orthodoxen ukrainischer Nationalität in der Gemeinde Hrynki zum römischen Katholizismus], in: PRM, Akta grupowe, cz. VI, 3 A (11), Bl. 445-465. Komunikat dzienny WN MSW, Nr. 271, 7.12.1938 [Tagesmitteilung des Nationalitätenreferats des Innenministeriums], in: AAN, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych (MSW) [Innenministerium], 969.

dem polnischen Staat und vergifteten das seit langem angespannte polnisch-ukrainische Verhältnis in Wolhynien weiter.

### 3 Modernisierung

Staatliche Modernisierungsinvestitionen in den wirtschaftlich rückständigen Ostgebieten wurden von Anfang an als wichtiges Element der polnischen Nationalitätenpolitik begriffen. Eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards, konkrete und greifbare Vorteile aus den Händen der polnischen Verwaltung sollten die ukrainischen Bauern vom Nutzen der polnischen Herrschaft in Wolhynien überzeugen und sie gegen nationalistische und kommunistische Propaganda immunisieren. Die Konzeption des polnischen Staates als Nationalstaat gab jedoch vor, dass sich die polnische Herrschaft in Wolhynien auf die Angehörigen der Staatsnation, die polnische Minderheit, stützen musste. Der selbst auferlegte Zwang, den polnischen materiellen und kulturellen Besitzstand in Wolhynien auszubauen und die politische und administrative Macht in den Händen der herrschenden Minderheit zu monopolisieren, schränkte den Spielraum für eine konstruktive, die ukrainische Bevölkerung für den polnischen Staat gewinnende Politik ein. Die polnische Politik in Wolhynien war jedoch von der Hoffnung geleitet, durch die Leistungen einer staatlichen Modernisierungs- und Investitionspolitik gleichzeitig eine Festigung des polnischen Besitzstandes und eine Steigerung der materiellen Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung in den Ostgebieten herbeiführen zu können.<sup>25</sup>

Der Schwerpunkt der polnischen Modernisierungspolitik lag im überwiegend agrarisch geprägten Wolhynien auf verschiedenen Maßnahmen der Landreform, die bis Mitte der 1920er Jahre beschlossen wurden. Sie zielten auf eine Ausweitung der Produktionsflächen für mittlere und kleinere bäuerliche Betriebe ab, vor allem aber auf die Schaffung günstiger Bedingungen für eine Produktionssteigerung durch Intensivierung und Modernisierung der Bewirtschaftungsmethoden. Zu diesen Maßnahmen gehörten die Parzellierung von Großgrundbesitz, die Beseitigung der Zersplitterung bäuerlichen Landbesitzes durch eine Flurbereinigung, die Ablösung von gemeinschaftlichen bäuerlichen Nutzungsrechten an Wäldern und Weiden (Servituten) und die Bodenmelioration durch Trockenlegung versumpfter Flächen. Weitere Schwerpunkte der polnischen Modernisierungspolitik waren der Ausbau von Schulen und landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen, die Förderung des Genossenschaftswesens, der Ausbau der staatlichen Verwaltung und die Einführung von Selbstverwaltungsorganen der Kommunen und Kreise.<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. die Darstellung des nationalitätenpolitischen Richtlinienprojekts von Ministerpräsident Władysław Sikorski aus den 1920er Jahren bei RYSZARD TORZECKI: *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929* [Die ukrainische Frage in Polen in den Jahren 1923-1929], Kraków 1989, S. 21 ff.

<sup>26</sup> Für eine umfangreiche Darstellung der Modernisierungspolitik in den polnischen Ostgebieten, die deren nationalitätenpolitische Dimension allerdings weitgehend ignoriert,

Tatsächlich gehörten die Themen Landwirtschaft, Schule und Selbstverwaltung zu den für die ukrainische bäuerliche Bevölkerung zentralen Anliegen. Doch die Hoffnung der Polen, durch die Erfüllung einer polnischen zivilisatorischen Mission gleichzeitig auch den Weg zu Herz und Verstand der wolhynischen Ukrainer zu ebnen, erfüllte sich nicht. Mit der sowjetischen Variante der entschädigungslosen Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern konnten die polnischen Landreformen in der Gunst der wolhynischen Ukrainer nicht konkurrieren. Zudem blieben die positiven Effekte der polnischen Modernisierungspolitik weit hinter den Erwartungen ihrer Initiatoren zurück. Die 1929 einsetzende Wirtschafts- und Agrarkrise, die in Polen bis Mitte der 1930er Jahre anhielt, beschränkte den Umfang der für Modernisierungsinvestitionen zur Verfügung stehenden Mittel drastisch und machte die Amortisierung zuvor getätigter Investitionen und die Abzahlung von Krediten in vielen Fällen unmöglich.<sup>27</sup> Der Erfolg der Modernisierungspolitik wurde jedoch auch dadurch beschnitten, dass sie entgegen allen Beteuerungen Józewskis den übergeordneten Zielen der Festigung des polnischen Besitzstandes und der Assimilierung der ukrainischen Bevölkerung zu dienen hatte. Wirtschaftlicher Fortschritt und Bildung waren nur erwünscht, wenn sie als Segnungen der polnischen Regierung und Verwaltung oder als Früchte polnisch-ukrainischer Zusammenarbeit geeignet erschienen, die Überlegenheit der polnischen Kultur zu demonstrieren. Ukrainische Eigeninitiative, die sich nicht in den Rahmen des verordneten polnisch-ukrainischen Miteinanders einfügen wollte, wurde strikt unterbunden. Gleichzeitig hatte Józewski den Forderungen der polnischen Minderheit nach ökonomischer Privilegierung immer weniger entgegenzusetzen, als ab Mitte der 1930er Jahre auch in den Reihen der *Sanacja* die Interessen der Polen mit den Interessen des polnischen Staates in den Ostgebieten immer offener gleichgesetzt wurden.<sup>28</sup>

Es war nicht nur die mangelnde Leistungsfähigkeit der Modernisierungspolitik, die sie als Instrument der Assimilierung und Anbindung Wolhyniens an Polen ungeeignet machte. Sie konnte die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllen und brachte sogar genau gegenteilige Effekte hervor. Nach den Erfahrungen von Krieg und Revolution und der Einbeziehung Wolhyniens in den polnischen Staat wurde die Modernisierungspolitik selbst zum Zündstoff und Motor des in den 1930er Jahren an Dynamik gewinnenden ethnischen

---

siehe WERNER BENECKE: Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918-1939, Köln u.a. 1999.

<sup>27</sup> Sprawozdanie Wojewody Wołyńskiego o ogólnym stanie województwa (1931) [Bericht des Wolhynischen Woiwoden über den allgemeinen Zustand der Woiwodschaft], in: MSW, 111, Bl. 700 ff.

<sup>28</sup> Vgl. WALDEMAR PARUCH: Od konsolidacji państwowej do konsolidacji narodowej. Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczykowskiego (1926-1939) [Von der staatlichen Konsolidierung zur nationalen Konsolidierung. Nationale Minderheiten im politischen Denken des Piłsudski-Lagers (1926-1939)], Lublin 1997, S. 345-348.

Konflikts zwischen Ukrainern und Polen. Denn die Regelungsansprüche des modernen Staates und die Auswirkungen staatlicher Investitionen veränderten das traditionelle Gefüge des Mit- und Nebeneinanders im ländlichen Wolhynien. Der Bau neuer Schulen und die Einführung der Schulpflicht, die Neu- und Umverteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens durch die Maßnahmen der Landreform, die Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung, der Ausbau der staatlichen Verwaltungsstellen – all dies waren einschneidende Veränderungen. Überall musste die ukrainische Bevölkerungsmehrheit feststellen, dass die Auseinandersetzungen um die Verteilung von Lasten und Nutzen der staatlichen Modernisierungsinvestitionen einseitig zugunsten der Angehörigen der polnischen Staatsnation entschieden wurden.

Józewskis wolhynische Propaganda bemühte sich, diese Tatsache herunterzuspielen. Dies rief wiederum die Kritik der polnischen Nationalisten an der Gefährdung des polnischen Besitzstandes in Wolhynien auf den Plan<sup>29</sup>, so dass sich Józewski in seinen internen Berichten seinerseits genötigt sah, akribisch nachzuweisen, dass die polnische Minderheit in allen Bereichen weit überproportional von den staatlichen Investitionen profitierte.<sup>30</sup>

Die Idee, die Assimilierung der Minderheiten in den rückständigen östlichen Randgebieten durch die Errungenschaften der staatlichen Modernisierungspolitik fördern zu können, spielte ursprünglich in beiden Assimilierungskonzepten eine wichtige Rolle. Ihre Verwirklichung scheiterte in Wolhynien daran, dass den Ukrainern die Rolle der zweitrangig Begünstigten zugewiesen wurde, mit der sie sich nicht begnügen wollten. Die polnische Minderheit dagegen lehnte am Ende jeden ökonomischen und zivilisatorischen Fortschritt der Ukrainer ab, weil sie eine ukrainische wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation als Gefährdung ihrer eigenen privilegierten Stellung empfand.

#### 4 Repression

Die Bekämpfung von „Banden“ oder sogenannten „antistaatlichen und umstürzlerischen Aktionen“ durch Polizei und Armee band in Wolhynien während des gesamten betrachteten Zeitraums beachtliche personelle und materielle Ressourcen. Nach Jahren, in denen Wolhynien Front- und Durchmarschgebiet des Weltkriegs sowie Nebenschauplatz von Revolution und Bürgerkrieg gewesen war, bestanden unter der örtlichen Bevölkerung zunächst Zweifel an der Dauerhaftigkeit der polnischen Herrschaft, die von der Schwäche der staatlichen Strukturen und der Minderheitenposition der ethnischen

---

<sup>29</sup> Vgl. KRASICKI (wie Anm. 17), S. 46-55.

<sup>30</sup> Wołyń 1937 [Wolhynien 1937], in: GR, 1549, poz. 5, S. 14; Sprawozdanie Wojewody Józewskiego (1936) (wie Anm. 3), S. 52.

Polen in der Woiwodschaft genährt wurden.<sup>31</sup> Nachdem der Kriegszustand mit Sowjetrußland offiziell beendet war, operierte in den Kresy weiterhin eine von den Sowjets unterstützte Partisanenbewegung, die Sabotageakte und Überfälle u.a. auf polnische Militärsiedlerkolonien und Gutshöfe verübte. Dabei diente den Partisanen die andere Seite der anfänglich schlecht gesicherten Grenze als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet. Die kommunistische Propaganda schürte die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit den sozialen und politischen Verhältnisse im polnisch regierten Wolhynien, um eine revolutionäre Situation zu erzeugen und den Anschluss der polnischen Ostgebiete an sowjetisches Gebiet vorzubereiten.

Unter Verwendung gewagter Metaphern schilderte der Kommandeur des Militärbezirks Lublin, General Jan Edward Romer, im Frühjahr 1924 eindringlich die Gefahr, die von der Verbindung sozial-radikaler und national-ukrainischer Elemente in der kommunistischen Propaganda in Wolhynien ausging:

„[I]m Allgemeinen stellt ganz Wolhynien zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Vulkan dar. Der Termin seines Ausbruchs und das Ausmaß seiner Lawine sind unbestimmt, dennoch ist dies ein aktiver Vulkan, ein Vulkan des bolschewistischen Strebens nach Vereinnahmung Wolhyniens im Namen eines pseudo-ukrainischen Nationalismus der auf dem Krater dieses Vulkanes ad hoc geschaffen wurde.“<sup>32</sup>

Bei der Unterdrückung der kommunistischen Bewegung spielte neben der Staatspolizei und dem 1924 gegründeten Grenzschutzkorps (Korpus Ochrony Pogranicznej, KOP) auch das Militär eine wichtige Rolle. Im Sommer 1924, als in einigen Regionen der Kresy nahezu anarchische Zustände herrschten, berief die polnische Regierung Generäle an die Spitze der Zivilverwaltungen in Wolhynien und Nowogródek, denen gleichzeitig die in den Woiwodschaften stationierten Armeeeinheiten unterstellt wurden. Nicht zuletzt aus Sorge um ihre Außendarstellung sah die polnische Regierung jedoch davon ab, offiziell den Ausnahmezustand über die nordöstlichen Woiwodschaften zu verhängen.

Massive Investitionen in den Polizeiapparat und den Grenzschutz sowie Massenverhaftungen unter der ukrainischen Bevölkerung führten dazu, dass die Lage allmählich wieder beherrschbar wurde. 1926 gelang die Zerschlagung der neu aufgebauten Organisationsstruktur der in Wolhynien illegal tätigen Kommunistischen Partei der Westukraine, einer Unterorganisation der Kommunistischen Partei Polens. Die Kommunisten verlegten sich in Wolhynien nun zunehmend auf die Infiltrierung der legal agierenden sowjetophilen

<sup>31</sup> Posiedzenie popołudniowe zjazdu Wojewodów Kresów Wschodnich z dn. 13 czerwca 1922 r. [Nachmittagssitzung der Tagung der Woiwoden der Ostgebiete am 13. Juni 1922], in: MSW, dopływy 1001.

<sup>32</sup> Raport narodowościowy DOK II Lublin za miesiące styczeń, luty, marzec 1924 [Nationalitätenbericht des Militärbezirkskommandos II in Lublin für die Monate Januar, Februar, März 1924], S. 11-16, in: CAW, Oddz. II Szt. Gł 1772/89/56.

ukrainischen Parteien, die in Wolhynien unter der bäuerlichen Bevölkerung über eine breite Anhängerschaft verfügten. Doch der kommunistischen Bewegung blieben eigene Erfahrungen mit der Explosivkraft der nationalen Frage nicht erspart. Über deren Gewichtung im Rahmen der kommunistischen Ideologie und Propaganda kam es innerhalb der KPZU und den kommunistisch unterwanderten ukrainischen Parteien mehrfach zu Fraktionskämpfen und Spaltungen. Der Streit wurde 1928 schließlich durch einen Schiedsspruch der von Moskau gelenkten Komintern entschieden, der den westukrainischen Kommunisten die nationale Trumpfkarte aus der Hand schlug.<sup>33</sup>

Zu Beginn der 1930er Jahre schien die polnische Politik in Wolhynien die nationalitätenpolitische Konkurrenz von der anderen Seite der Grenze nicht mehr fürchten zu müssen. Durch die Zwangskollektivierung, die Tragödie des Holodomor<sup>34</sup> und die Revidierung der Politik der *korenizacija*<sup>35</sup> in der Sowjetukraine schien sich die sowjetische Alternative selbst disqualifiziert zu haben. Vor diesem Hintergrund holte Józewski, der nach einem kurzen Intermezzo als polnischer Innenminister 1930 nach Wolhynien zurückgekehrt war, zum Schlag gegen die ukrainischen „Kryptokommunisten“ in Wolhynien aus. 1932 wurde die in der Woiwodschaft einflussreichste ukrainische Partei Sel-Rob-Jednist' verboten. Es folgte die schrittweise Liquidierung von ukrainischen Genossenschaften und Vereinen, die der Nähe zum Kommunismus verdächtig wurden.<sup>36</sup> Als ukrainische Parteien und Organisationen aus Ostgalizien daran gingen, das Vakuum zu füllen, das durch die Verfolgung der Kommunisten entstanden war, wurde auch ihre Tätigkeit kriminalisiert bzw. durch administrative Schikanen behindert oder unterbunden. Die in Ostgalizien einflussreichste ukrainische Partei Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung (Ukrains'ke Nacional'no-demokratyčne Objednannja, UNDO) verzichtete im Rahmen einer 1935 mit dem polnischen Regierungslager erzielten Vereinbarung vorübergehend auf eine Ausweitung ihrer Tätigkeit auf Wolhynien.

---

<sup>33</sup> Siehe JANUSZ RADZIEJOWSKI: *The Communist Party of Western Ukraine 1919-1929*, Edmonton 1983.

<sup>34</sup> Der Begriff bezeichnet die von Stalin als Straf- und Terrormaßnahme bewusst herbeigeführte Hungerkatastrophe der Jahre 1932/33, der allein in der Ukraine geschätzte 3,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

<sup>35</sup> „Korenizacija“ bezeichnet die Politik der administrativen, personellen, sprachlichen und kulturellen Indigenisierung der Sowjetmacht in den nichtrussischen Unions- und Teilrepubliken sowie weiteren neugeschaffenen nationalen Verwaltungseinheiten, die in den 1920er Jahren zur Leitlinie der sowjetischen Nationalitätenpolitik wurde, vgl. TERRY MARTIN: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca u.a. 2001.

<sup>36</sup> Referat p.t. Likwidacja spółdzielczości na Wołyniu (po 1932 r.) [Referat mit der Überschrift „Die Beseitigung des Genossenschaftswesens in Wolhynien“ (nach 1932)], in: MSW, 1054.

Legale Formen der Opposition gegen die polnische Herrschaft waren Mitte der 1930er Jahre in Wolhynien nahezu ausgeschaltet. Zu derselben Zeit begann der Kampf gegen staatsfeindliche und umstürzlerische Umtriebe im Untergrund wachsenden Raum in der für die Warschauer Zentrale bestimmten Berichtstätigkeit der regionalen Verwaltungsstellen und des Kommandos des Militärbezirks Lublin einzunehmen. Vor dem Hintergrund der apokalyptischen Ausmaße der Hungerkatastrophe in der Sowjetukraine fürchteten die polnischen staatlichen Autoritäten nun primär eine Kontaminierung der wolhynischen Ukrainer mit dem ukrainischen Nationalismus aus Ostgalizien. Deren terroristischer Arm, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (*Organizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv*, OUN), lehnte die Verständigungspolitik der UNDO vehement ab und gewann ab Mitte der 1930er Jahre unter der ukrainischen Jugend in Wolhynien erkennbar an Einfluss.<sup>37</sup>

Selbst wenig spektakuläre Manifestationen von antipolnischem ukrainischem Nationalismus, wie das Bekritzeln der Schulbuch-Porträts von Marschall Piłsudski und Staatpräsident Mościcki durch ukrainische Schulkinder und ihre Forderungen nach Unterricht in ihrer Muttersprache, wurden von den Sicherheitsbehörden mit Argwohn registriert.<sup>38</sup> Sie übersahen aber, dass der polnische Nationalismus selbst einen nicht minder gefährlichen und dabei ständig präsenten Ansteckungsherd darstellte. Die polnische nationale Ideologie und Symbolik, das Pathos des Unabhängigkeitskampfes gegen die Teilmächte, Heldenverehrung und Märtyrerkult sowie die Methoden der Konspiration und taktischen Bündnisse dienten dem ukrainischen radikalen Nationalismus als Vorbilder. Die wolhynischen Ukrainer zeigten sich von der polnischen Kultur beeindruckt, nur zogen sie daraus nicht die von den Vertretern der polnischen Staatsmacht erwünschten Konsequenzen.

Während der Antikommunismus in Ostgalizien spätestens seit 1933 zum kleinsten gemeinsamen Nenner aller relevanten ukrainischen politischen Parteien und Organisationen geworden war, blieb in Wolhynien die kommunistische Untergrundbewegung bis zum Ende der Zweiten Republik die größere Herausforderung für die polnischen Sicherheitsorgane. Offensichtlich besaßen viele ukrainische Bauern keine genauen Kenntnisse über die Vorgänge jenseits der Grenze, was sich auch als ein Ergebnis der von Józewski betriebenen Abschottung der wolhynischen Ukrainer vom ostgalizischen politischen Diskurs deuten lässt. Der illegal agierenden KPZU gelang es trotz massiver polizeilicher Verfolgung von Mitgliedern und Sympathisanten und der exzessiven Verhängung langjähriger Haftstrafen immer wieder, ihre Reihen

<sup>37</sup> Die Lageberichte der Woiwodschaftsverwaltung Wolhynien über die Sicherheitslage enthalten ab 1934 mehr und mehr Berichte über von der OUN initiierte ukrainische nationalistische Kundgebungen und konspirative Aktivitäten, in: UWW, 277/II-4, II-9, II-8.

<sup>38</sup> Urząd Wojewódzki Wołyński. Wydział Bezpieczeństwa. Sprawozdanie miesięczne sytuacyjne Nr. 9 za mc. wrzesień 1934r. ze stanu bezpieczeństwa [Wolhynisches Woiwodschaftsamt. Sicherheitsabteilung. Monatlicher Situationsbericht Nr. 9 für September 1934 über die Sicherheitslage], Łuck, 12.10.1934, in: UWW, 277/II-9.

aufzufüllen. Sie betrieb kommunistische Propaganda und stachelte die ukrainischen Bauern zu sozialen Protesten und Sabotageaktionen an. Den Zellen der KPZU gehörten neben Ukrainern häufig auch Juden an. In den wolhynischen Städten, wo die jüdische Bevölkerung dominierte, gab es auch Zellen mit ausschließlich jüdischen Mitgliedern.<sup>39</sup>

Józewski war es gelungen, die Opposition gegen die polnische Politik in den Untergrund abzurängen, er konnte sie aber nicht beseitigen. Das Kommando des Militärbezirks Lublin zeigte sich von der Hartnäckigkeit der kommunistischen Bewegung in Wolhynien jedenfalls aufs höchste beunruhigt.<sup>40</sup> Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Ausmaß und die Gefährlichkeit der von KPZU und OUN zu verantwortenden antipolnischen und staatsfeindlichen Aktionen aufgebauscht wurden, um in der Auseinandersetzung mit dem Woiwoden als Beleg für das Versagen seiner ‚Wolhynienpolitik‘ zu dienen.<sup>41</sup> Die nach der Abberufung Józewskis unter Leitung des Militärs auch in Wolhynien offen durchgeführte Revindikationspolitik, die unter anderem darauf abzielte, die Position der Orthodoxie zugunsten des römischen Katholizismus zu schwächen, dürfte dann jedoch dem gegen Polen gerichteten ukrainischen Nationalismus zahlreiche neue Anhänger zugetrieben haben.

## 5 Resümee

Die staatsbürgerlich und/oder ethnisch definierte Assimilierung der ukrainischen Bevölkerung blieb in der Zweiten Polnischen Republik das zentrale Anliegen der polnischen Nationalitätenpolitik in Wolhynien. Der staatlichen Modernisierungspolitik kam eine unterstützende Funktion für das übergeordnete Assimilierungsziel zu. Doch die Modernisierungsinvestitionen und der Einfluss der polnischen Kultur verfehlten die in sie gesetzten Erwartungen. Als sich das Streben der Ukrainer nach sozialer, kultureller und politischer Emanzipation auch in Wolhynien anhaltend und immer nachdrücklicher manifestierte, rückte die Politik der Repression als hilflose und frustrierte Reaktion auf die ausbleibende Assimilierung zunehmend in den Vordergrund. In der Ära Józewski weiteten sich die staatlichen Repressalien von der Verfolgung separatistischer und revolutionärer Bestrebungen auf die Unterdrückung von andernorts legalen Formen ukrainischer politischer Opposition, gesellschaftlicher Organisation und publizistischer Meinungsäußerung aus. In der Endphase der Zweiten Polnischen Republik konnte allein schon der Wider-

<sup>39</sup> Wydział Bezpieczeństwa [Sicherheitsabteilung], Zusammenstellungen von Informationen über das Innenleben umstürzlerischer Parteien 1934/35, Nr. 7 (1934), Nr. 14 (1934), in: UWW, 277/II-4.

<sup>40</sup> Die Aufklärung im Militärbezirk II berichtete noch 1938 über die bereitwillige Unterstützung des kommunistischen Untergrunds durch die wolhynische Landbevölkerung, in: CAW, Samodzielne Referaty Informacyjne, Dowództwo Okręgu Korpusu II [Eigständige Nachrichtenreferate, Wehrbezirkskommando II], I.371.2/A92, Podteczka 22.

<sup>41</sup> Vgl. STAWECKI (wie Anm. 17), S. 197 f.

stand gegen die offensiv betriebene konfessionelle Revindikation Strafmaßnahmen nach sich ziehen, wobei auch polnische Gegner der Revindikationspolitik mit Sanktionen zu rechnen hatten. Zudem wurde die ökonomische Privilegierung der polnischen Bevölkerung immer offener praktiziert.<sup>42</sup> In der Kompromisslosigkeit, mit der von den Ukrainern ethnische Assimilierung als Ausweis für Loyalität gegenüber dem polnischen Staat gefordert wurde, deutete sich bereits ein Abrücken von der Idee der Assimilierung breiterer Kreise der ukrainischen Bevölkerung als realistischem Ziel der Nationalitätenpolitik an.

Als ein Ergebnis der Politik der Repressalien war der ethnische Antagonismus am Ausgang der Zweiten Republik in Wolhynien für außenstehende Betrachter weniger sichtbar, er war aber nicht weniger virulent. Für die Ukrainer in Wolhynien gab es kaum legale Möglichkeiten, ukrainische Interessen in Konkurrenz zur polnischen herrschenden Minderheit oder in Opposition zur polnischen Politik öffentlich zu artikulieren, zu organisieren und zu vertreten. Während die Auseinandersetzung in Ostgalizien trotz staatlicher Begünstigung der polnischen Minderheit vergleichsweise offen geführt wurde, fehlte es in Wolhynien an zivilen Formen der Austragung dieses Konflikts. Die Aufrufe zur Verteidigung der Interessen des Polentums, die nationalistische Vertreter der polnischen Minderheit vorbrachten, muten auf den ersten Blick hysterisch an, da ihnen ein öffentlich sichtbarer ukrainischer Widerpart fehlte. Die Umstände des Genozids an der polnischen Bevölkerung Wolhyniens im Jahr 1943<sup>43</sup> deuten jedoch darauf hin, dass die Angst und das Misstrauen der polnischen Minderheit berechtigt waren und dass sie den Groll und die unterdrückte Aggression der ukrainischen Mehrheitsbevölkerung zutreffend wahrgenommen hatte.

---

<sup>42</sup> Akcja Rewindykacyjna 1938 [Die Revindikationsaktion 1938], in: CAW 1772/89/97, u.a. Bl. 192 ff., 204, 206, 209 f.

<sup>43</sup> Zum Genozid an der polnischen Minderheit in Wolhynien 1943 vgl. GRZEGORZ MOTYKA: *Ukraińska partyzantka 1942-1969. Działalność Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii* [Die ukrainischen Partisanen 1942-1969. Die Tätigkeit der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandarmee], Warszawa 2006, S. 298-413.

## Summary

### *Polish Ukrainian Policy in Volhynia 1921-1939*

With the Treaty of Riga, western Volhynia became part of newly founded Poland in 1921. The aim of Polish nationalities policy in Volhynia and the other Northeastern voivodes was the fixed and permanent integration of these regions into the Polish state. In view of existing external threats, this could only be achieved if the predominantly non-Polish population acknowledged the legitimacy of Polish state authority. The Second Republic failed to achieve this objective by the beginning of World War II. It had not been possible to generate loyalty towards the Polish state among the Ukrainian population of Volhynia. Moreover, it also proved impossible to prevent bitter ethnic conflicts between the ruling Polish minority and the Volhynian Ukrainians.

The nationality policy strategies applied in an attempt to gain acceptance in the minority region of Volhynia and to assert claims to power can be summarised in three key words: assimilation, modernisation, repression. The civic and/or ethnically defined assimilation of the Ukrainian population remained the central concern of Polish nationality policy in Volhynia in the Second Republic. The state modernisation policy was given a supporting role in relation to the superordinate objective of assimilation. Even then, investments in modernisation and the increased influence of Polish culture fell short of expectations placed on them. When the Ukrainians' drive for social, cultural and political emancipation began to have visible results in Volhynia, a policy of repression emerged as a frustrated reaction to failed attempts to promote assimilation.

In the last years of the Second Republic the policy of repression ensured that ethnic antagonism in Volhynia became less visible from the outside than in neighbouring eastern Galician voivodships. It was, however, no less virulent. There existed few legal possibilities for the Ukrainians in Volhynia to publicly articulate, organise or represent Ukrainian interests in competition with the ruling Polish minority or in opposition to Polish policy. Whilst the dispute in eastern Galicia was by comparison, carried out quite openly, though the state favoured the Polish minority, in Volhynia civil forms of handling this conflict were lacking.